



April 2026

CENTRAL MEDITERRANEAN INFO

Ankünfte

Im April 2026 erreichten laut Zählungen von *borderline-europe* **2283** Schutzsuchende Italien auf dem Seeweg. Das ist ein Anstieg von **1,1%** im Vergleich zum März 2026 und ein Rückgang um **63,9%** im Vergleich zum April 2025.

Der Großteil der Menschen (**2047** Personen bzw. **89,7%¹**) kamen auf Sizilien, vor allem Lampedusa, an. In **3** Fällen erfolgte die Überfahrt nach Italien über die ionische Route, das östliche Zentrale Mittelmeer. **75** Personen kamen in der Toskana und **68** Personen in den Abruzzen an. Weitere **71** Menschen kamen in Ligurien und **22** Menschen auf Sardinien an.

Für **1247** Personen (**54,6%**) wurde unseren Zählungen zufolge eine Rettung von italienischen Behörden nachgewiesen. Insgesamt wurden **479** Menschen (**21,0%**) von der zivilen Seenotrettung gerettet.

Gemäß den Daten von *borderline-europe* war Frontex im Monat an der Rettung von **327** Personen (**14,3%**) beteiligt. Dies ist ein starker Anstieg im Vergleich zum März 2026, in dem Frontex nur an **3,1%** der Rettungen beteiligt war. Allerdings ähnelt dies der Beteiligung von Frontex im April 2025, die bei **16,3%** lag. **181** Personen (**7,9%**) erreichten autonom die italienischen Küstengewässer (12 Seemeilen vor der Küste), ohne vorher abgefangen oder gerettet zu werden. Für **27** Menschen (**1,2%**) lagen keine Informationen zur Art der Ankunft oder Rettung vor.

Laut den offiziellen Zahlen des italienischen Innenministeriums sind im Monat April **2391** Menschen in Italien angekommen. Wir konnten in diesem Monat etwas niedrigere Ankunftsahlen belegen, doch möchten wir anmerken, dass es keinen Zugang zu den Hintergründen bzw. Quellen der vom Innenministerium veröffentlichten Zahlen gibt.

Überblick über die von <i>borderline europe</i> gesammelten Daten	
Ankünfte von Geflüchteten in Italien per Seeweg	2283
Ankünfte von Geflüchteten auf Sizilien	2047
Rettung durch italienische Behörden und Frontex	1574
Rettung durch private- /Handelsschiffe	22
Rettung durch NGOs	479
Selbstständige Ankünfte von Geflüchteten	181
Ankünfte ohne Informationen zur Ankunft/Rettung	27

Die Daten sind ohne Gewähr, da die Dunkelziffer deutlich höher sein könnte

¹ Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich alle genannten Prozentzahlen auf die Gesamtzahl der in diesem Monat über den Seeweg in Italien angekommenen Menschen.

Besonders viele Menschen kamen im Zeitraum vom 20.-22.4.2026 an. In diesen drei Tagen kamen laut unseren Zählungen insgesamt 543 Menschen auf Lampedusa an, also fast ein Viertel der gesamten Ankünfte dieses Monats. Am 20.4. erreichten 206 Personen, in fünf einzelnen Ankünften Lampedusa. Während vier dieser Boote von italienischen Behörden oder Frontex gerettet wurden, [erreichte ein Boot mit 70 Menschen an Bord die nahe an Lampedusa gelegene Insel Isola dei Conigli eigenständig](#). Die Personen wurden direkt nach ihrer Ankunft von der italienischen Guardia di Finanzia abgefangen und in den Hotspot auf Lampedusa gebracht. Um das Aufnahmesystem auf Lampedusa nicht zu überfordern, wurden am selben Tag noch 40 Menschen nach Sizilien transferiert. Zwei Tage später, am 22.4., erreichten 290 People on the Move Lampedusa. Dabei wurden 183 Menschen von der zivilen Seenotrettung gerettet: [Davon 90 Personen](#) in drei einzelnen Rettungen von der NGO RESQSHIP, [18 Personen von der](#) NGO Compass Collective und [75 Personen](#) von der NGO Solidaire.

Wege nach Europa

Als primäre Abfahrtsorte für die Überfahrt nach Italien dienen die Transitländer Libyen, Tunesien und Algerien. Im Monat April legten mindestens **1640 (72%)** der in Italien angekommenen Personen in Libyen und **168 Personen (7%)** in Tunesien ab und **22 Personen (1%)** in Algerien. Von **453 Menschen (20%)** ist der Abfahrtsort nicht bekannt. Im Gegensatz zum letzten Monat ist im April der Abfahrtsort von deutlicher weniger Menschen unbekannt ([Im März waren es 29%](#)).

TW: Sexualisierte Gewalt

Das Barnamiche-System

Die Menschenrechtslage in den nordafrikanischen Transitstaaten bleibt für Menschen auf der Flucht und Migrant*innen, besonders aus Subsahara Gebieten, gravierend. In dieser monatlichen Ausgabe der Central Mediterranean Info möchten wir besonders auf die Situation von Frauen auf der Flucht in Tunesien und Libyen aufmerksam machen. Ein in diesem Monat veröffentlichter Bericht von Researchers X [„Women State Trafficking: Gender Based Violence, expulsions, and sale of black migrant women from Tunisia to Libya“](#) deckt systemische Muster von Menschenrechtsverletzungen und Menschenhandel zwischen Tunesien und Libyen auf. Dieses System beruht auf der Blockade von Ausreisen und dem kontrollierten Menschenhandel. Diese Dynamik wird auch durch umfangreiche finanzielle Ressourcen der EU gestützt, die ihre Grenzpolitik nach Tunesien und Libyen externalisiert. Der Bericht stützt sich auf 33 Interviews mit Betroffenen und identifiziert zentrale Knotenpunkte: beispielsweise eine Kaserne der tunesischen Nationalgarde in El Meguissem sowie mehrere Haftzentren in Libyen, darunter Al Assah, Bir Al Ghanam und Characharah in Tripolis.

Beschrieben werden drei wiederkehrende Gewaltformen:

1. Entmenschlichung durch systematische Demütigung und Vernachlässigung,
2. sexualisierte und physische Gewalt, insbesondere gegen Frauen* und Kinder,
3. Zwangsprostitution als Teil eines organisierten Ausbeutungssystems.

In Tunesien gehören willkürliche Festnahmen aufgrund von Hautfarbe zu den dokumentierten Praktiken. In Libyen setzen sich diese Gewaltstrukturen fort: fehlende medizinische Versorgung, Hunger, Folter und Erpressung sind verbreitet. Zeug*innen berichten von Fehlgeburten infolge der Haftbedingungen sowie von systematischer Gewalt durch Sicherheitskräfte.

Besonders gravierend ist das sogenannte Barnamiche-System: ein organisierter Handel mit Menschen, bei dem Frauen* nach ihrer Verschleppung aus Tunesien in Libyen weiterverkauft werden. Dieser Markt ist strukturiert, teils katalogisiert und klar geschlechtsspezifisch – Frauen* erzielen höhere Preise, was auf die gezielte Nachfrage nach sexueller Ausbeutung hinweist. Viele Betroffene werden in Zwangsarbeits- oder Zwangsprostitutionsverhältnisse überführt. Festnahmen und Pushbacks in Tunesien unterstützen ein System, dessen „Nachfrage“ in libyschen Haftzentren, im Erpressungssystem sowie in der sexuellen und wirtschaftlichen Ausbeutung liegt. Dieses Netzwerk wird von zahlreichen Akteur*innen getragen und lokal teilweise als Teil der Ökonomie normalisiert. Der Bericht verdeutlicht erneut wie problematisch die Zusammenarbeit der EU mit libyschen und tunesischen Akteur*innen ist. Die Externalisierung der europäischen Migrationspolitik durch das [EU-Tunisia Memorandum of Understanding \(2023\)](#) und die [Deklaration von Malta mit der EU und Libyen](#), verdeutlicht wie die Externalisierung nicht losgelöst von den strukturellen Menschenrechtsverletzungen betrachtet werden kann, die in Libyen und Tunesien begangen werden.

Push- & Pullbacks

Diesen Monat wurden laut unseren Zählungen **2017** Personen auf dem zentralen Mittelmeer abgefangen und zurückgewiesen. Alle dieser von uns dokumentierten Fälle wurden nach Libyen zurück geschleppt. Diese Zahlen sind ohne Gewähr, da die Dunkelziffer weitaus höher liegen dürfte. Allein am 22. April kam es zu 496 Interceptions², hier wurden Menschen von mindestens 10 verschiedenen Booten auf ihrem Weg nach Europa von den libyschen Behörden gegen ihren Willen abgefangen und zurück nach Libyen gebracht.

Zusätzlich kam es in diesem Monat zu einer [Massenabschiebung aus Ostlibyen](#): 175 Personen aus Bangladesch wurden unter militärischer Aufsicht ausgeflogen, nachdem sie zuvor in Haftzentren in Tripolis und Bengasi festgehalten worden waren. Die Rückführung erfolgte in Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM). In unserem [Scirocco vom 24.04](#) berichteten wir über die Instrumentalisierung der „freiwilligen Rückkehr“ seitens der italienischen Regierung. Der italienische Innenminister Piantedosi feierte auf seinen Social Media Accounts diese Massenabschiebung. Während diese Rückführungen als „humanitär“ und „freiwillig“ dargestellt werden, verdecken sie Nötigung und den Bruch von Rechten, wie mehrere [zivilgesellschaftliche Organisationen](#) kritisieren.

² Interceptions sind gewaltvolle Zurückweisungen auf See zurück in einen Drittstaat. So führt etwa die sogenannte libysche Küstenwache, welche maßgeblich durch Italien sowie andere Mitgliedsstaaten der EU finanziert und ausgestattet wird, Interceptions durch, in dem sie Boote auf ihrem Weg nach Europa abfängt und ebenso gewaltsam nach Libyen zurückholt.

Tote & Vermisste

Im zentralen Mittelmeer steigt die Anzahl der Toten und Vermissten im April im Vergleich zum März. Laut Daten von [borderline-europe](#) starben im April **131** Personen auf der Flucht über das zentrale Mittelmeer, **156** Menschen gelten in diesem Monat als vermisst. Die Zahl der Todesfälle ist im Vergleich zum März 2026 um **35%** gestiegen und die Zahl der Vermissten hat sich sogar mehr als vervierfacht. Das Schicksal von weiteren **43** Personen ist ungewiss, dies ist ein Rückgang um **57%** im Vergleich zum Vormonat. Auch hier dürften die Dunkelziffern deutlich höher liegen.

Dies ist bisher der tödlichste Start eines Jahres auf dem zentralen Mittelmeer seit Beginn der Aufzeichnung 2014. [Laut offiziellen Daten der IOM](#) haben 2026 bereits 796 Menschen auf dieser Route ihr Leben verloren oder gelten weiterhin als vermisst. Es kann davon ausgegangen werden, dass auch hier die Dunkelziffer deutlich höher liegt. Somit bleibt das Zentrale Mittelmeer weiterhin eine der tödlichsten Fluchtrouten der Welt. Die Toten auf dem Mittelmeer sind aber keine Einzelschicksale, sondern müssen als Folge von politischen Entscheidungen verstanden werden und die Mitschuld Europas muss klar benannt werden. Eine detaillierte Einordnung zur Verantwortung der EU für die Toten auf dem Mittelmeer kann in unserem [Scirocco vom 17.04.2026](#) gelesen werden.

Der Anfang dieses Monats hat erneut verdeutlicht, wie wenig Aufmerksamkeit in Europa den Opfern des zentralen Mittelmeers geschenkt wird. Anfang April kam es zu zwei schweren Schiffbrüchen, bei denen mindestens 21 Personen starben und 81 weitere Personen seitdem als vermisst gelten. Mediale erhielten diese Fälle kaum Beachtung. Stattdessen wird die zivile Seenotrettung immer weiter eingeschränkt und muss um ihre finanziellen Mittel bangen. Dass das Sterben im Mittelmeer weitgehend unbeachtet bleibt, während diejenigen kriminalisiert und geschwächt werden, die Menschen retten, zeigt, welchen Stellenwert das migrantische Leben in der europäischen Öffentlichkeit einnimmt. Für die Betroffenen hat diese Priorisierung reale Konsequenzen: Durch ausbleibende Rettungen setzt sich das Sterben an Europas Außengrenzen fort.

Die Toten, die nicht gezählt werden

Im Zusammenhang mit Schiffbrüchen im Mittelmeer wird üblicherweise zwischen „Toten“ und „Vermissten“ unterschieden. Als Tote gelten dabei nur jene Menschen, [deren Leichen tatsächlich geborgen werden konnten](#). Viele weitere Schicksale bleiben jedoch ungewiss, da ihre Körper nie gefunden werden und sie somit nicht offiziell für tot erklärt werden können. Durch diese Praxis wird das tatsächliche Ausmaß der humanitären Katastrophe verschleiert, da die reale Zahl der Opfer ungewiss bleibt.

Dies stellt insbesondere Angehörige vor eine große Herausforderung, da es für sie nicht möglich ist, das Schicksal ihrer Verwandten nachzuvollziehen. Auch die geborgenen Leichen bleiben häufig unidentifiziert. Nach Tagen im Meer sind sie oft nicht mehr erkennbar und es werden nur selten DNA-Proben entnommen. Gleichzeitig fehlt es an einer zentralen, umfassenden Datenbank, um vorhandene Informationen systematisch zu erfassen und Abgleiche zu ermöglichen. Dadurch bleiben viele Opfer namenlos und ihre Angehörigen ohne Gewissheit. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie [Memoria Mediterranea](#) und Angehörige machen seit Jahren auf diese Missstände aufmerksam und übernehmen die konkrete Such-, Identifizierungs- und Erinnerungsarbeit.

Im April erhielt das Thema auch im EU-Parlament eine Plattform, als der [sizilianische Staatsanwalt Salvatore Vella](#) im Rahmen der Veranstaltung „Das Recht auf Identität: hin zu einem europäischen Rahmen für verschwundene Migrant*innen“ bessere Möglichkeiten zur Identifizierung von Leichen sowie eine zentrale Datenbank forderte.

Ziviler Widerstand

Im April waren **6** Schiffe der zivilen Flotte auf dem zentralen Mittelmeer im Einsatz und retteten insgesamt **479** Personen aus Seenot (**21%** der Angekommenen).

Mehrfachrettungen:

Die Crew der Life Support (Emergency) führte in einem Einsatz 2 Rettungen durch: nach zwei kurz aufeinanderfolgenden Einsätzen in der libyschen SAR-Zone insgesamt 68 Überlebende an Bord, darunter 16 unbegleitete Minderjährige. Auch die Nadir von [ResQship brachte in einer nächtlichen Mehrfachrettungsaktion](#) insgesamt 90 Menschen nach Lampedusa.

Der April zeigte erneut, unter welchen Bedingungen zivile Seenotrettung im zentralen Mittelmeer stattfindet: Während Menschen nach Schiffbrüchen tagelang auf Rettung warten mussten, wurden NGO-Schiffe weiterhin durch administrative Maßnahmen blockiert. Dabei zeigt sich ein wiederkehrendes Wechselspiel, das bereits in den letzten CMI thematisiert wurde: Während Italien zivile Rettungsschiffe sanktioniert, bestätigen Gerichte in älteren, vergleichbaren Fällen immer wieder, dass genau solche Maßnahmen rechtswidrig waren.

Bereits am 1. April [wurde](#) Alarm Phone über eine Gruppe von Menschen informiert, die auf der Didon-Plattform im Golf von Gabes festsaß, etwa 75 km vor der Küste Tunesiens. Die Plattform ist in den vergangenen Monaten wiederholt zu einem provisorischen Zufluchtsort für Menschen geworden, die nach Schiffbrüchen ihre Überfahrt über das Mittelmeer nicht fortsetzen konnten. Nachdem staatliche Stellen nicht eingriffen, rettete das Sea-Watch-Schiff [Aurora am 3. April 44 Personen](#) von der Plattform. Sie hatten dort bereits fünf Tage ohne ausreichende Vorräte ausgeharrt, unter ihnen auch Frauen und Kinder. Am folgenden Tag steuerte die Aurora nicht den von den italienischen Behörden zugewiesenen Hafen Porto Empedocle an, sondern [brachte die Geretteten nach Lampedusa](#). Sea-Watch begründete diese mit Treibstoffmangel und der akuten Situation an Bord. Am 13. April wurde bekanntgegeben, dass [das Schiff für 45 Tage blockiert](#) wird; zusätzlich droht der Organisation eine Geldstrafe von bis zu 10.000 Euro. Auch die Sea-Watch 5 war in diesem [Zeitraum bereits festgesetzt](#).

Nur wenige Wochen später wiederholte sich die Situation auf der Didon-Plattform. Zwischen dem 21. und 23. April saß dort erneut eine Gruppe von [47 Menschen fest](#). Das Segelschiff Nadir von RESQSHIP evakuierte sie am Abend des 21. April. In derselben Nacht rettete die Crew weitere 43 Menschen von zwei seeuntauglichen Booten und brachte insgesamt 90 Überlebende am 23. April sicher nach Lampedusa.

Auch andere Rettungsschiffe waren im April im Einsatz. Die Life Support von Emergency rettete am 8. April 71 Menschen. Die italienischen Behörden wiesen ihr [den weit entfernten Hafen von La Spezia](#) zu, was eine dreitägige Fahrt bedeutete und wodurch sich für die Geretteten, darunter auch Minderjährige, die Zeit an Bord erheblich verlängerte. Das Schiff erreichte den Hafen am 12. April.

Ende April wurde zudem die [Trotamar III von Compass Collective in Lampedusa](#) für [15 Tage festgesetzt und mit einer Strafzahlung von 7.500€](#) belegt, nachdem sie 18 Menschen gerettet und an Land gebracht hat. Der Vorwurf der Behörden lautete, die Crew habe die Rettung nicht mit den tunesischen Behörden koordiniert. [Die NGO widerspricht dem deutlich](#): Man habe die zuständigen Rettungsleitstellen in Rom und Malta informiert. Die tunesische Küstenwache sei bewusst nicht einbezogen worden, weil den Geretteten andernfalls eine Rückführung nach Tunesien gedroht hätte — ein Ort, der für Schutzsuchende nicht als sicher gelten kann. Mit der Festsetzung der Trotamar III waren seit dem 30. März bereits vier NGO-Rettungsschiffe von italienischen Behörden blockiert worden.

Gerichtsentscheidungen

Parallel zu diesen Einsätzen kam es zu mehreren wichtigen Gerichtsentscheidungen im Zusammenhang mit dem sogenannten Piantedosi-Dekret. Am 3. April erklärte das Gericht in Trapani, Sizilien, die im Oktober 2023 erfolgte Festsetzung der [Mare Jonio von Mediterranea Saving Humans für unrechtmäßig](#). Das Gericht stellte klar, dass Libyen kein sicherer Hafen sei und NGOs [nicht verpflichtet sind, sich mit libyschen Milizen](#) zu koordinieren. Ende April entschied zudem ein Gericht in Massa, Toskana, zugunsten der Open Arms in einem [weiteren Fall aus September 2023](#): Auch hier wurde eine administrative Festsetzung für unrechtmäßig erklärt. Das Gericht stellte fest, dass die zusätzlichen Rettungen in einer realen Notlage erfolgten, keine Verzögerung bei der Anfahrt des zugewiesenen Hafens verursachten und damit kein Grund für eine Sanktion bestand.

Diese Urteile zeigen, dass viele Maßnahmen gegen zivile Rettungsorganisationen juristisch nicht haltbar sind. Ihre Wirkung entfalten sie jedoch oft erst Jahre später — nachdem Schiffe bereits blockiert, Einsätze verhindert und damit auch mögliche Rettungen von Menschen in Seenot verhindert wurden. Die Kriminalisierung schwächt zivile Strukturen und bindet Ressourcen, unabhängig vom späteren Ausgang der Verfahren.

Auch in einem weiteren Verfahren wurde im April Verantwortung nachträglich juristisch anerkannt. [Im sogenannten Fall des „Schiffbruchs der Kinder“](#) vom 11.10.2013 fand ein langjähriger Rechtsstreit vor dem italienischen Kassationshof seinen Abschluss. Bei dem Fall kamen [268 Menschen](#), darunter 60 Kinder, vor Lampedusa ums Leben. Obwohl die Straftatbestände inzwischen verjährt sind, bestätigte das Gericht die moralische und rechtliche Mitverantwortung italienischer Offiziere der Marine und der Küstenwache. Festgestellt wurde, dass das italienische Schiff Libra trotz wiederholter Hilferufe und Aufforderungen aus Malta [zu spät eingegriffen hatte](#).

Auch wenn das Urteil erst 13 Jahre später ergeht und das erlittene Unrecht nicht ungeschehen machen kann, zeigt es, dass weiterhin um Aufklärung und Verantwortungsübernahme gekämpft wird — für die Verstorbenen und für jene, die bis heute infolge politischen Fehlverhaltens sterben, vermisst werden oder vergessen bleiben. Anwält*innen der Zivilkäger*innen sehen in dieser bestätigten Verantwortlichkeit trotz Verjährung eine mögliche Grundlage für künftige Klagen gegen italienische Behörden, auch wenn daraus keine strafrechtlichen Folgen mehr entstehen. So spät diese Anerkennung also auch kommt, sie kann dennoch dazu beitragen, dass der Kampf um Gerechtigkeit nicht ins Leere läuft und künftige Verfahren beschleunigt. In dem politischen Klima von heute bleibt es unverzichtbar, dass unterlassene oder verzögerte Rettung nicht folgenlos bleiben darf.

Mitte April erstattete Sea-Watch in Italien und Deutschland [Strafanzeige gegen die libysche Küstenwache](#) wegen Piraterie. Anlass war ein Vorfall vom 25./26.09.2025 in internationalen Gewässern, bei dem das Patrouillenboot Ubari die Sea-Watch 5 während einer [Rettungsaktion mit gefährlichen Manövern](#) bedrängte, mit Waffengewalt drohte und mindestens einen Schuss abgab. Sea-Watch sieht darin eine zunehmende Aggressivität der libyschen Kräfte und verweist auf die Mitverantwortung Deutschlands und Italiens aufgrund ihrer Kooperation mit Libyen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass auch dieser Monat erneut das Spannungsverhältnis sichtbar macht, in dem zivile Seenotrettung auf dem zentralen Mittelmeer stattfindet. Zahlreiche Schiffbrüche, Todesfälle und unterlassene Rettungen stehen der fortgesetzten Kriminalisierung von NGOs gegenüber und all jener Akteur*innen, die Menschen in Seenot unterstützen wollen. Hinzukommen konflikthafte Zuständigkeiten zwischen Behörden, eine enorme Verschwendung von Ressourcen durch administrative Verfahren, wiederholte Festsetzungen von Rettungsschiffen sowie Urteile, die erst Jahre später das Unrecht dieser Maßnahmen anerkennen. Die Folgen dieser Kriminalisierung treffen jedoch nicht diejenigen, die politische und institutionelle Macht ausüben, sondern sie treffen vor allem Menschen auf der Flucht, die auf schnelle Rettung angewiesen sind. Wo sichere Einreisewege fehlen und die staatliche Rettung für People on the move auf gefährlichen Fluchtrouten ausbleibt, wird zivile Seenotrettung zur notwendigen Form praktischer Solidarität. Ihre Kriminalisierung bedeutet deshalb nicht nur einen Angriff auf NGOs, sondern auch auf das Recht von Schutzsuchenden, nicht dem Tod auf dem Meer überlassen zu werden.

Kontakt:

Sitz Palermo
borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de>
italia@borderline-europe.de